

Fahrplan (Road Map) für eine friedliche, zivile Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts

Von Prof. Dr. Andreas Buro, 13.12.2009

Das Verbot der DTP durch das türkische Verfassungsgericht ist ein schwerer Schlag gegen die Bemühungen um eine friedliche politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts. Trotzdem ist unbeirrbar an diesem Ziel festzuhalten. Dazu bedarf es einer Road Map, also einer Strategie, an der sich türkische, kurdische und Kräfte aus anderen Ländern, die für dieses Ziel arbeiten, orientieren können. Eine solche Strategie, die hier versucht wird, ist freilich keine Prognose. Sie zeigt vielmehr die vielen Handlungsmöglichkeiten in einer zeitlichen Reihenfolge auf.

Die Prämisse der hier vorgelegten Road Map ist, dass das Ziel durch friedliche, politische Mittel der Vertrauensbildung und Aussöhnung erreicht werden soll. Die Erfahrungen mit militärisch agierenden Befreiungsbewegungen zeigen überwältigend, dass sie nicht zu der erhofften Befreiung führen, sondern eher zu Diktaturen, so sie sich durchsetzen können, oder zu terroristischen Gruppierungen, die vor allem ihr Eigenwohl zum Ziel haben. Krieg führt nicht zur Verwirklichung von Menschenrechten und von Demokratie. Er fördert autoritäre Strukturen und Gewalttätigkeit. Er fördert Feind- und Freundbilder, die beide zu einem Realitätsverlust der Akteure führen.

Die Road Map vertraut auf einseitige Schritte, die Vertrauen schaffen, Ängste abbauen und möglicherweise, die jeweilig andere Seite von sich aus zu eben solchen Schritten veranlassen können. Einen zentralen Stellenwert haben hier die Beendigung des Krieges, etwa durch die Bereitschaft der kurdischen Seite, ihre Waffen unter internationaler Kontrolle abzulegen und damit den Konflikt zu transformieren, sowie die Erklärung Ankaras, eine Politik der Aussöhnung anzustreben und eine allumfassende Amnestie durchzusetzen.

Die ‚Kooperation für den Frieden‘, eine Dachorganisation von etwa 50 Friedensorganisationen in Deutschland hat 2006 das ‚Monitoring Projekt für Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention‘ gestartet. Dieses Projekt soll der Öffentlichkeit die Möglichkeit eines zivilen Umgangs mit Konflikten nahe bringen und den Befürwortern der angeblich alternativlosen Aufrüstungs- und Militärpolitik entgegenzutreten. In Dossiers werden Vorschläge zum Umgang mit drängenden gewaltträchtigen Auseinandersetzungen erarbeitet. Das 2007 erschienene Dossier II befasst sich mit dem türkisch-kurdischen Konflikt. Obwohl sich seit 2007 wesentlich Änderungen ergeben haben, ist die grundsätzliche Ori-

entierung des Fahrplans als eine Strategie der zivilen Konfliktbearbeitung nach wie vor gültig.

Nun ist keineswegs zu erwarten, dass die Konfliktakteure sich nach diesem Fahrplan richten werden. Innenpolitische und wahltaktische Überlegungen werden die Handlungsweise Ankaras überlagern. Die kurdische Seite hat möglicherweise große Schwierigkeiten auf den militärischen Kampf einseitig zu verzichten. Die EU-europäischen Staaten richten ihre Haltung nicht unbedingt unter friedenspolitischen Aspekten aus. Für sie stehen im Vordergrund NATO-Interessen, der Beitritt oder Nicht-Beitritt der Türkei zur EU, augenblickliche wirtschaftliche Aspekte und die Zusammenarbeit im Polizei- und Asylbereich. Für diejenigen Kräfte in der Zivilgesellschaft und in der Politik, die in der Lösung der ‚Kurdenfrage‘ eine überragende Aufgabe sehen, kann jedoch der hier vorgelegte Fahrplan als Richtlinie für ihr Fordern und Handeln dienen.

Der Fahrplan dient freilich nur der inhaltlichen Orientierung zumal einzelne Schritte sich überschneiden und/oder unterschiedlich viel Zeit in Anspruch nehmen werden. Unerwartete Ereignisse werden Anlass geben, die hier vorgeschlagene Abfolge zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern und zu erweitern. Die Handlungsoptionen werden aus zeitlichen Gründen im Folgenden nur verkürzt angesprochen.

1. Türkische und kurdische Intellektuelle, Schriftsteller, Künstler u.a. treten in der Türkei für eine Politik der Aussöhnung und des Gewaltverzichts ein. Dabei streben sie auch die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) in der EU an.

2. NROs laden türkische und kurdische Repräsentanten, die eine friedliche Lösung des Konflikts befürworten, nach Deutschland und in andere EU-Staaten für Konferenzen und zu Gesprächen mit Multiplikatoren, Medien und PolitikerInnen ein.

3. Die Handlungsoptionen für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts werden in der Öffentlichkeit der EU-Staaten bekannt gemacht, um dafür Unterstützung zu erhalten. Kirchen, Gewerkschaften, humanitäre Vereinigungen, Friedensforschung, politische Parteien und die Medien werden angesprochen, damit sie den Konflikt thematisieren und tätig werden. Gegenüber dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission in Brüssel wird eine

entsprechende Lobby-Arbeit begonnen.

4. Eine parteipolitisch unabhängige, kulturelle, friedenspolitisch orientierte kurdische Repräsentation wird in Deutschland und anderen europäischen Ländern gefördert, die zum Ansprech- und Dialogpartner für Politik, Friedensforschung und Kultur werden kann.

5. Die kurdischen Organisationen, die bisher den bewaffneten Kampf geführt oder unterstützt hatten, erklären ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Gewaltverzicht. Soziale Bewegungen und NROs starten eine Kampagne für die Aufhebung des Terrorismus-Verdikts gegen diese Organisationen.

6. Bundestag und Bundesregierung setzen sich dafür ein, dass in der EU die Einstufung der PKK und anderer kurdischer Organisationen als „terroristisch“ ausgesetzt wird „solange“ die kurdische Guerilla an ihrem unbefristeten, einseitigen Waffenstillstand festhält, und begründen dies friedenspolitisch. Der EU-Ministerrat wendet sich an die USA und an alle weiteren NATO-Staaten, die Einstufung der kurdischen Guerilla als „terroristisch“ aufzugeben.

7. In Deutschland werden von der Regierung oder einem speziellen Gremium „Hearings zur Türkei-Kurden-Frage“ organisiert bei denen alle wichtigen Akteure angehört werden können. Ihre Positionen werden dokumentiert, so dass sie jedermann zugänglich sind.

8. Die EU legt bei ihren Beitrittsverhandlungen mit der Türkei stärkeren Nachdruck als bisher auf die Lösung der Kurdenfrage, ohne die die Menschenrechtsprobleme in der Türkei nicht gelöst werden können..

9. Der Rat der EU ruft die Türkei und die kurdische Seite auf, den Konflikt friedlich beizulegen und dazu einen Gewaltverzicht auszurufen. Falls erforderlich ergreift das Europäische Parlament eine Initiative in diesem Sinne.

10. Um eine Ausweitung des türkisch-kurdischen Konflikts zu vermeiden, wenden sich die USA weiterhin gegen jegliche militärische Intervention der Türkei in Irakisch-Kurdistan.

11. Die Regierung in Ankara spricht offiziell den Wunsch nach Aussöhnung aus, und verbindet damit die Absicht einen innergesellschaftlichen Dialog im Rahmen des türkischen Staates anzuregen.

12. Die kurdische Seite arbeitet einen Vorschlag für

ein Stufenprogramm der Vertrauensbildung und Aussöhnung aus. Er enthält eine zeitliche Schrittabfolge parallel zum Rückzug und der Entwaffnung der Guerilla z. B.:

Stufe 1: Ausweitung der kurdischen Medienprogramme und Liberalisierung des Unterrichts in kurdischer Sprache. Ausbildung von LehrerInnen für den Kurdisch-Unterricht

Stufe 2: Erleichterung der Rückkehr kurdischer Flüchtlinge in ihre Dörfer und Städte und Unterstützung bei der Wiederherstellung ihrer Lebensgrundlagen. – Aufnahme von Gesprächen zwischen den gewählten Bürgermeistern und einem von der Regierung beauftragten Bevollmächtigten über Probleme und Wünsche der Bevölkerung in den kurdischen Siedlungsgebieten.– Einsetzung einer paritätischen Kommission von Regierungsseite und der Seite der Bürgermeister zur Untersuchung und Regelung der Dorfschützer-Problematik.

Stufe 3: Amnestie für die politischen Gefangenen und für die Beteiligten an den vorgängigen militärischen Konflikten auf beiden Seiten. Sie eröffnet u. a. die Rückkehrmöglichkeit und freie politische Betätigung für alle am Krieg beteiligten Kurden, ohne dass sie durch den Staat der Türkei verfolgt werden. Zu diesem Zeitpunkt löst sich die PKK/Kongragel und ihre Guerilla-Truppe endgültig auf. Die Amnestie schließt auch den Vorsitzenden der PKK Abdullah Öcalan ein. Die Bildung einer oder mehrerer politischen Parteien, die auch die Interessen der kurdischen Bevölkerung vertreten, ist möglich, ohne dass sie als Nachfolgeorganisation der PKK verfolgt werden.

Stufe 4. Für die Ost- und Südost-Türkei mit den kurdischen Siedlungsgebieten wird ein umfassendes Entwicklungsprogramm aufgelegt. Die EU und die EU-Staaten bieten an, sich an diesem Programm zu beteiligen. In diesem Zusammenhang wird eine kurdische Institution gegründet, die sich für die Wiederentfaltung der kurdischen Kultur einsetzt. Der Unterricht in kurdischer Sprache wird für kurdische Kinder eingeführt.

Stufe 5. Nach einer Wahlrechtsreform, die es den kurdischen Parteien ermöglicht auch in der Großen Nationalversammlung vertreten zu sein, und nach Parlamentswahlen beruft der Präsident eine Verfassungskommission. Sie soll die heutige Verfassung in Hinblick auf das gleichberechtigte Zusammenleben der Völker in der Türkei überprüfen und Vorschläge für eine Stärkung der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung ausarbeiten.

13.Die deutsche Bundesregierung setzt ihre im November '98 verkündete Initiative zur Förderung einer politischen Lösung in der Kurdenfrage um.

Gleichstellung der KurdInnen: Mit der Anerkennung der KurdInnen als eigenständiger Bevölkerungsgruppe und der Umsetzung der sich daraus ergebenden Rechte - muttersprachlicher Unterricht, Rundfunk- und Fernsehsendungen in kurdischer Sprache, freie Namensgebung für kurdische Kinder und Einrichtung von Beratungs- und Betreuungszentren für KurdInnen usw. - würde die Benachteiligung der KurdInnen in

Deutschland aufgehoben. Der Bundestagsbeschluss vom 7. November 1991 (BT-Drucksache 12/1362) wird mit Hilfe der Länder in die Tat umgesetzt. In ihm heißt es. „In der Bundesrepublik lebt eine große Gruppe von Kurden. Auch ihnen muss die Möglichkeit zur Bewahrung und Entfaltung ihrer kulturellen Identität gegeben werden.“

Kurden, die in Deutschland Asyl erhalten oder beantragt haben und sich in kurdischen Organisationen betätigt haben, dürfen unter keinen Umständen in die Türkei zurück geschickt werden, ehe nicht dort eine generelle Amnestie für solche Personen ausgesprochen wurde. In diesem Zusammenhang ist die Forderung nach einer Amnestie gegenüber der Türkei zu vertreten.

Friedensforschungsinstitute werden gebeten, den Konflikt in seinem Dimensionen zu analysieren und daraus Strategien ziviler Konfliktbearbeitung und Vorschläge für eine politische Lösung zu entwickeln. Förderinstitutionen wie die DSF erhalten für entsprechende Anträge zusätzliche Mittel.

Die Bundesregierung schlägt der EU-Kommission vor, im Rahmen der Beitrittsverhandlungen eine Monitoring-Gruppe zu bilden, die alle relevanten Informationen zu dem Konflikt sammelt und jährlich einen Bericht mit Empfehlungen für die weitere zivile Bearbeitung des Konflikts herausgibt.

14.Die USA drängen auf eine politischen Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts, um die Stabilität in Irakischem Kurdistan zu sichern. Deshalb ersuchen sie die türkische Generalität, sich auf eine Amnestie für die Guerilla einzulassen.

15.Um dem Wunsch nach Aussöhnung Glaubwürdigkeit zu verleihen, beschließt Ankara eine Amnestie für alle aus politischen Gründen Verurteilte und für alle, die an den Kämpfen teilgenommen haben. Damit könnten diejenigen, die sich heute im Exil befinden, in ihre Heimat zurückkehren und sich dort für ihre Ziele mit demokratisch-politischen Mitteln einsetzen.

16.NROs in Deutschland bemühen sich, hiesige türkische und kurdische Verbände anzusprechen und versuchen, mit ihnen einen türkisch-kurdischen Dialog in Deutschland in Gang zu setzen. Das Ziel ist, eine gemeinsame friedenspolitische Position zu erarbeiten

17.Rückzug der Guerilla aus der Türkei und freiwillige Entwaffnung unter internationaler Kontrolle. Auf Drohungen jedweder Art wird verzichtet.

18.In einem innergesellschaftlichen Dialog in der Türkei beginnt man auch darüber zu sprechen, in welcher Weise die multi-ethnische Dimension der Gesellschaft in der türkischen Verfassung zum Ausdruck gebracht werden sollte. Ein Anknüpfungspunkt bietet die Position von Kemal Atatürk, der in der frühen Phase des Kampfes zur Bildung des Nationalstaates Türkei die Kurden als Brudervolk bezeichnet und versprochen hatte, es gleichberechtigt an dem neuen Staat teilhaben zu lassen. .

19.Zur Etablierung und Ausweitung von gesellschaftlichen Dialogen wird eine europäische Dialog-

Stiftung geschaffen, die von der EU finanziert wird. Sie hat vor allem die Aufgabe, NROs- und soziale und berufliche Gruppen der Zivilgesellschaft aus der Türkei und EU-Europa miteinander ins Gespräch zu bringen, die Zivilgesellschaft als Ansprechpartner zum Abbau von Konflikten zu stärken und das Interesse und Engagement an diesem Problem innerhalb der EU ausweiten.

20.In der Türkei wird eine Reihe friedenspolitischer Symposien mit Teilnehmern aus der Türkei, aus Deutschland und eventuell aus anderen EU-Ländern in Zusammenarbeit mit der Friedensforschung organisiert. In Vorträgen und Arbeitsgruppen werden, ethnopolitische Konflikte in verschiedenen Staaten untersucht und Erfahrungen mit Versöhnungsstrategien ausgewertet.

21.Wie bei den Erdbebenkatastrophen Menschen und Organisationen aus der ganzen Türkei - auch aus dem Ausland -geholfen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit gestärkt haben, wird solidarische Hilfe für die Flüchtlinge aus den kurdischen Siedlungsgebieten, die in ihreHeimatorte zurückkehren wollen, aus der Türkei und Europa geleistet. Soziale Bewegungen und NROs mobilisieren hierfür.

22.Im Sinne von Aussöhnungspolitik erhalten auch die so genannten Dorfschützer eine gleichwertige Perspektive wie die zurück kehrenden Flüchtlinge. Lokale Dialoge unter Anleitung geschulter Konfliktschlichter werden eingeleitet. Dafür werden in der Türkei lokale Konfliktschlichter ausgebildet.

23.Die Entwicklung im Osten und Südosten der Türkei ist bislang vernachlässigt worden. Um den Menschen in diesen Gebieten Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten zu schaffen, ist eine große Anstrengung des Aufbaus - nach Möglichkeit international unterstützt - vonnöten. USA und EU erklären ihre Bereitschaft, ein Entwicklungsprogramm für die Region finanziell zu unterstützen. Zusätzlich sollte das BMZ eine Zusammenarbeit mit Kommunen der Region weiter entfalten. Durch Städtepartnerschaften und -kooperationen mit deutschen bzw. EU- Städten kann eine weitere Förderung der Region erreicht werden.

24.Konzepte zur Stärkung der Verständigungs-, Schlichtungs- und Friedensschaffensfunktion der OSZE werden ausgearbeitet und in die OSZE zur Diskussion und möglichen Beschlussfassung eingebracht. Friedensforschung und spezialisierte Institute können dafür herangezogen werden.

Der hier ansatzweise formulierte Fahrplan für die Überwindung des türkisch-kurdischen Konflikts

könnte die Türkei und ihre BürgerInnen von einer schon so lange währenden schweren Last des gewaltsamen Konfliktaustrags befreien und den unabdingbaren Friedensdialog über die „Kurdenfrage“ fördern;

er eröffnete eine konkrete und konstruktive Perspektive für die kurdische Bevölkerung und die kurdischen Organisationen in der Türkei und in Europa

er erweiterte die Erfahrungen und institutionellen Instrumente Europas und der Türkei für eine Politik der zivilen Konfliktbearbeitung.

Freilich sollte sich niemand Illusionen über die Schwierigkeiten und die Dauer eines solchen zivilgesellschaftlichen und demokratischen Prozesses von Aussöhnungspolitik machen. Nach wie vor gibt es starke Kräfte, die eine Politik der Aussöhnung verhindern möchten. Das sind nicht nur die türkische Generalität, nicht nur die alten nationalistischen Kräfte, die in vielen Institutionen noch immer eine wichtige Rolle spielen, sondern auch gewaltbereite Sektierer in vielen Lagern, die ihre je spezielle bisherige Legitimationsbasis bedroht sehen.

Für das Durchhalten selbst bei schwerwiegenden Provokationen gibt es eine wesentliche, doch ungewohnte Konstellation. Die USA, die Führungsmacht der NATO, sind aus Gründen, die mit ihrer Irak-Politik zusammen hängen, an einer Lösung der Kurdenfrage interessiert. Das setzt dem türkischen Militär und den anderen NATO-Mitgliedern Grenzen, die bisher friedenspolitisch eher eine negative Rolle in dem Konflikt gespielt haben. Was bisher leider fehlt, ist eine ausdrückliche und konstruktive Unterstützung einer friedlichen Lösung durch die EU-europäischen Staaten. Eine Vermittlerfunktion könnten sie angesichts des großen innergesellschaftlichen Konflikts in der Türkei und ihrer eigenen unklaren Haltung gegenüber dem türkischen EU-Beitrittswunsch kaum übernehmen. Sie könnten jedoch ermutigen und Hilfen im Sinne eines Marshall-Plans für den Fall anbieten, dass der Krieg beendet und eine umfassende Amnestie erlassen worden wäre. Ferner könnten sie sich im Sinne einer Förderung von Aussöhnung gegenüber den kurdischen und türkischen Immigranten in ihren jeweiligen Ländern verhalten.

Eine Politik der Aussöhnung ist grundsätzlich in die Zukunft gerichtet.

Sie darf sich nicht in gegenseitiger Aufrechnung vergangener Verbrechen fest fahren.

Wie verbissen würden dann die Schuldvorwürfe, Verleumdungen und Leugnungen gegeneinander getürmt werden! Man schaue sich die Auseinandersetzungen über das Armenier-Genocid an! Steigerung der Feindseligkeit bis zum Mord und sektiererische Ausschreitungen wären die Folge! Das blockierte Vertrauensbildung und Kooperationsbereitschaft. Insofern können auch nicht Tribunale aus anderen Ländern und anderen historischen Zusammenhängen als Vorbilder übernommen werden.

Gefährlich wäre auch, wenn nun Lösungsschritte zu kleinlich und zu zögerlich ausfallen, wenn faule Kompromisse an Stelle einer Politik der Aussöhnung und des Neuanfangs treten. Gefährlich ist aber auch, wenn die Forderungen von kurdischer Seite so weit gehen, daß in der Mehrheitsgesellschaft mit ihrer bald 100 Jahre alten nationalistisch-türkischen Sozialisation wieder Ängste vor Separatismus aufkommen, so dass sie nicht bereit ist, über sie den Dialog aufzunehmen. Nach dieser gewaltträchtigen Vergangenheit wird Umdenken ohnehin schwer genug sein.

Das Fenster der Friedensmöglichkeit darf nicht wieder zuschlagen

Es müssen eigenständige Wege erprobt und gegangen werden. Ihre wichtigsten Zielmarken sind die Bildung von Vertrauen und vor allem die gemeinsame Herstellung von Gerechtigkeit. Dies ist auf allen Ebenen der Gesellschaft, also von Dorf, Stadt, Region bis zum Gesamtstaat, breit zu erörtern. Was ist Gerechtigkeit?

Angesichts des autoritären Überhangs und der demokratischen Defizite der Türkei werden dadurch auch viele Interessen und Fragen berührt werden, die nicht unmittelbar mit der kurdischen Frage zusammenhängen und das wäre gut so! Würde doch dadurch die gesamte Gesellschaft in einen großen Dialog über ihre Zukunft gezogen. Dieser „große gesellschaftliche Dialog“ muß nicht auf die offensichtlich mühsamen Entscheidungen der türkischen Regierungsinstitutionen warten. Er kann sogleich beginnen. Ich sehe wichtige Ansätze in der gegenwärtigen Mobilisierung auf vielen Demonstrationen, die sich in dieser neuen Richtung entwickeln könnten.

Endlich hat sich das „Fenster der Möglichkeiten“ geöffnet, diesen fürchterlichen und sinnlosen Konflikt des türkischen Nationalstaates gegen seine kurdischen Mitbürger friedlich beizulegen und die nationalistische Politik der Zwangsassimilierung zu überwinden. Gelänge dies, so wäre dies eine ungeheure Bereicherung für alle Menschen in der Türkei, ob der Herkunft nach Türken, Kurden, Armenier, religiöse Minderheiten. Eine Win-Win-Situation für die ganze Türkei, die ihre reichen Potentiale und Fähigkeiten nun endlich entfalten könnte und sich nicht im Bruderkrieg um veraltete Ideologien zerfleddern müßte.

Dieses „Fenster der Möglichkeiten“ darf nicht wieder zuschlagen und den Kurs auf die Lösung der Kurdenfrage erneut auf Jahre verstellen. In dieser Situation sollten deshalb alle auf eine friedliche, zivile und demokratische Lösung bedachten Kräfte über alle sonstigen Differenzen hinweg zusammenstehen. Vielleicht kann der hier vorgestellte Fahrplan dabei eine Hilfe sein.